

Volker Ullrich MdB

Brief aus der Arbeitnehmergruppe



Sommerausgabe 2019

Dieser Hass darf nicht siegen

Nach der Wahl ist vor den Wahlen

Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

wir blicken mit gemischten Gefühlen auf die Europawahl zurück: Positiv ist zunächst die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung und ein starkes Ergebnis mit Zugewinnen für die CSU. Das Ergebnis der Union gerade bei den Jungwählern muss uns wachrütteln. Wir dürfen auf Dauer keine ganze Generation und damit die Zukunft verlieren. Wir müssen moderner und innovativer werden. In den Inhalten ebenso wie im Dialog. Die Debatten, die wir jetzt führen müssen, sind die über eine klare Außen, Sicherheits- und Europapolitik, steuerliche Entlastung, Grundrente und Klimaschutz. Definitiv gehören neue Personaldebatten nicht dazu. Das ist keine Form verantwortlichen Handelns.

Nach der anstehenden Sommerpause stehen die Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen an. Gerade in den neuen Bundesländern fühlen sich viele Menschen abhängig. Dem entgegen wir nicht mit Hohn, sondern ehrlicher Arbeit für die Menschen. Die besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland können nur durch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und kluge Reformen gemeistert werden. Daran arbeiten wir als Koalition und als Union ganz konkret.

Ich freue mich daher ganz besonders über den Gastbeitrag unserer **Staatsministerin Kerstin Schreyer** mit klugen Ideen für unsere Zukunft.

Herzlichst

Mitglied des Deutschen Bundestages
Landesvorsitzender der CSA

Seine klare Haltung gegen Fremdenhass hat den Politiker Walter Lübcke mutmaßlich das Leben gekostet. Dieser Mord muss uns erneut aufrütteln: Rechtsextremismus kann sich überall einnisten. Die Täter können mittendrin sein. Von rechter Gewalt geht eine reale Gefahr und Bedrohung für unsere freie demokratische Gesellschaft aus. Die Erfahrung aus dem NSU-Untersuchungsausschuss lehrt, mögliche rechtsextreme Gesinnungen und Verflechtungen in sozialen Netzwerken aufzudecken und zu zerschlagen. Nach der NSU-Mordserie war es wichtig zu handeln: Im NSU-Untersuchungsausschuss haben wir in der vergangenen Legislaturperiode den Generalbundesanwalt mit erweiterten Befugnissen ausgestattet, sodass er nun ermitteln kann. Die Anstrengungen der Sicherheitsbehörden müssen weiter intensiviert werden.

Unsere Sicherheitsarchitektur wird regelmäßig überprüft. Unter Umständen muss sie angepasst werden. Der wohl politisch motivierte Mord an Walter Lübcke ist eine Mahnung: Der Rechtsstaat muss seine Bürger mit allen verfügbaren Mitteln schützen, seine Bürger müssen mehr denn je die Augen offenhalten. Wir sind alle direkt gefordert.

Angriffen auf die Freiheit, Menschenwürde und den Kern unserer Demokratie muss von allen Seiten Widerstand geleistet werden. Das gilt für die analoge wie die digitale Welt. Dieser Hass und diese Häme, mit der manche gerade in sozialen Netzwerken auf die Tat reagiert haben, darf nicht siegen.

Die Zukunft der Arbeit — aus Sicht der Arbeitsministerin

Ein Beitrag von Frau **Staatsministerin Kerstin Schreyer, MdB**



Die Digitalisierung ist in aller Munde. Sie verändert unser Leben in allen Bereichen, insbesondere auch in der Arbeitswelt. Davor können und wollen wir nicht die Augen verschließen, denn nur wenn wir uns mit neuen Herausforderungen auseinandersetzen, können wir auch Antworten geben.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt sind so grundlegend, dass viele Beschäftigte und Unternehmer rätseln, wie die Arbeit der Zukunft aussieht. Wird die Technik den Menschen ersetzen? Was passiert mit meinem Arbeitsplatz, wenn die Digitalisierung ganze Geschäftszweige revolutioniert? Bin ich den an mich gerichteten Anforderungen in Zukunft noch gewachsen?

Solche Sorgen unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehmen wir ernst. Einerseits kann die Digitalisierung mehr Flexibilität beispielsweise für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten. Andererseits kann die ständige Erreichbarkeit aber auch Arbeit entgrenzen und ein ausreichendes Privatleben gefährden.

Ich bin überzeugt davon, dass es gelingen kann, die digitale Arbeitswelt flexibel, familienfreundlich und sozial ausgewogen zu gestalten. Mein klarer Appell lautet daher: Wir dürfen die Digitalisierung nicht als Bedrohungsszenario skizzieren, sondern müssen sie als Chance sehen.

Denn ich meine, dass die Digitalisierung vor allem eine enorme Chance und ein wichtiger Impulsgeber für die Arbeitswelt ist. Wir haben den Anspruch, die selbstbewussten Gestalter unserer Arbeitswelt zu bleiben. Das gilt auch im Hinblick auf andere aktuelle Herausforderungen, wie beispielsweise den demografischen Wandel oder die Klimaveränderungen, deren Folgen die Arbeitswelt massiv beeinflussen können. Hier kann die fortschreitende Technologisierung dem Menschen helfen. Wir müssen deshalb jetzt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Digitalisierung dem Menschen dient, und nicht umgekehrt.

Und das tun wir: Um den Anpassungs- und Qualifizierungsdruck der Beschäftigten und Unternehmen insgesamt aufzufangen, hat die Bayerische Staatsregierung ein Bündel an Maßnahmen entwickelt. Mit diesem wollen wir unsere Beschäftigten zu den Fachkräften der Zukunft machen. Der Schlüssel zum Erfolg ist dabei die berufliche Weiterbildung.

Deshalb haben wir bereits 2018 mit der Wirtschaft, der Arbeitsverwaltung und den Gewerkschaften den Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 geschlossen. Seine Partner haben sich zu einer ganzen Reihe an Maßnahmen verpflichtet, mit denen wir das lebenslange Lernen und die Weiterbildungsbereitschaft in Bayern noch weiter stärken wollen.

Wir vom Bayerischen Arbeitsministerium fördern bereits in allen bayerischen Regierungsbezirken Weiterbildungsinitiatoren. Derzeit sind es 15 solcher digitalen Bildungsberater und ein Koordinator. Sie beraten die Beschäftigten und Betriebe bei allen Fragen rund um die Weiterbildung. Dieses Angebot bauen wir weiter aus. Als nächstes kommen die Bayerischen Bildungschecks. Mit einem Pauschalzuschuss von 500 Euro werden wir alle fest angestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Brutto-Jahreseinkommen über 20.000 Euro unterstützen, wenn sie sich weiterbilden wollen. Bei zusammen veranlagten Ehepartnern erhöht sich dieser Betrag auf 40.000 Euro. Denn die Bildungsprämie des Bundes erreicht mit ihrer Einkommensgrenze von unter 20.000 Euro bzw. unter 40.000 Euro bei Zusammenveranlagten nur eine relativ kleine Zielgruppe. Deshalb legen wir aus Bayern hier nach. Und mit einer konzertierten Informationskampagne werden wir auf die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung aufmerksam machen.

Wir haben zudem den bayerischen Arbeitsmarktfonds und die Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds an die neuen Herausforderungen angepasst. Wir unterstützen auch eine bessere Vernetzung von Wissenschaft und Praxis im Hinblick auf die zukünftige Organisation von Arbeit, digitale Kompetenzvermittlung und Weiterqualifizierung im Zeichen der Digitalisierung. Dafür haben wir die Themenplattform Arbeitswelt 4.0 beim Zentrum Digitalisierung. Bayern eingerichtet.

Beschäftigten und Unternehmen zu helfen, die digitale Transformation zu meistern: Das ist unser Ansatz. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf die Fachkräfteproblematik. Wenn wir die Beschäftigten passend zu den Herausforderungen, die sich am Arbeitsmarkt stellen, qualifizieren, sichern wir ihnen und den nach geeigneten Beschäftigten suchenden Betrieben die Zukunftschancen. Und die digitalen Möglichkeiten bieten ja auch neue Chancen, gerade wenn es um die Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt geht. Auch hier sehe ich große Chancen, durch die neuen technischen Möglichkeiten die Inklusion in den Arbeitsmarkt voranzubringen. Und auch älteren Beschäftigten können die Errungenschaften der Digitalisierung helfen, länger im Erwerbsleben zu bleiben.

Wir wollen, dass den Beschäftigten zukunftsfähige Arbeitsplätze und den Unternehmen wertvolle Fachkräfte erhalten bleiben. Dafür müssen die Rahmenbedingungen für beide Seiten stimmen.

Deshalb gehen wir hier tatkräftig voran!



Bundestagung der CDA in Essen



Zu Gast auf der Bundestagung der CDA in Essen mit Annegret Kramp-Karrenbauer und Karl-Josef Laumann. Unser Leitbild ist die soziale Marktwirtschaft. Das bedeutet wirtschaftliche Stärke und Solidarität. Wer arbeitet, muss mehr haben, als jemand, der nicht arbeitet. Deswegen unterstützen wir eine Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung und Verbesserungen bei Paketboten. Plattformökonomie darf nicht Selbstausbeutung bedeuten. Wir müssen noch mehr beim Thema Wohnen und Vermögensbildung für Arbeitnehmer tun. Aber wir freuen uns auch über eine niedrige Arbeitslosigkeit und hohe Beschäftigung. CDA und CSA ziehen gemeinsam an einem Strang.

Die CDA ist als Christlich-Demokratische Arbeitnehmerunion ein wichtiger Partner der CSA, wenn es um die Durchsetzung sozialer Interessen innerhalb der Unionsfamilie geht. Am 18.05.2019 fand nun die 38. Bundestagung der CDA in Essen statt. Hier wurde Karl-Josef Laumann als CDA-Vorsitzender wiedergewählt. Die CSA gratuliert Laumann dazu sehr herzlich. Mit dabei waren auch die CDU-Vorsitzende Anne-Gret Kramp-Karrenbauer, sowie als Gast der Vorsitzende der CSA, Dr. Volker Ullrich. Die CSA freut sich über die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der CDA und hofft auf eine ebenso gute Kooperation in der Zukunft. Zusammen können CDA und CSA viel erreichen!

Grundrente nicht auf Kosten der Sozialversicherungen

Als Sozialflügel der CSU kritisierten wir unlängst den Vorschlag der SPD, die geplante Grundrente vor allem auf Kosten von Kranken- und Arbeitslosenversicherung zu finanzieren.

Auch wir halten an dem Konzept einer Grundrente fest. Der Gedanke, Lebensleistungen in der Rente besonders zu berücksichtigen, ist richtig. Es ist in der Tat eine Frage von Fairness, Gerechtigkeit und Anerkennung von Lebensleistung im Gesamtkonzept einer sozialen Marktwirtschaft und damit zurecht im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden. Der Vorschlag der Bundesminister Hubertus Heil und Olaf Scholz, die Grundrente durch einen Griff in die Sozialkassen zu finanzieren, kann aber unter keinen Umständen eine solide Grundlage dafür sein. Die gerade erst stabilisierte Kranken- und Arbeitslosenversicherung würde durch einen Griff in deren Topf wieder jeglicher Rücklagen beraubt,

was jedwede Vorsorge für die Zukunft verhindern würde. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ausschließlich sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer die Grundrente finanzieren sollen. Letztlich treffen die Vorschläge der SPD nur die „kleinen Leute“. Für uns bleibt deshalb auch in Zukunft klar: Ohne Bedürftigkeitsprüfung wird eine Grundrente unfair und unsozial! Die SPD möchte vielleicht sozialpolitisch alles versprechen, nimmt damit aber im Ergebnis gar keine Verantwortung war.“

Bezirksversammlung der CSA-Niederbayern



Traut den Menschen mehr zu!

Aus dem BAYERNKURIER: Der Staat darf nicht alles regeln, was geregelt werden kann – nicht einmal dann, wenn es in guter Absicht geschieht. Ansonsten schwächt er unser auf Eigenverantwortung setzendes Menschenbild. Von Volker Ullrich

Man muss nicht lange im Grundgesetz blättern. Bereits in Artikel 2 heißt es, dass jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat. Neben der unantastbaren Würde des Menschen steht dieses Grundrecht am deutlichsten für unser Menschenbild. Der Mensch ist frei geschaffen und mit einer unveräußerlichen Freiheit ausgestattet. Und doch steht der Mensch nicht für sich. Er ist als soziales Wesen eingebettet in die Gesellschaft. Freiheit kann also nur gelebt werden, wenn sie geschützt wird und in der Freiheit und den Rechten des anderen ihre Grenze findet. Den Rahmen dafür hat die staatliche Ordnung zu setzen. Aber mehr noch: Der Staat bestimmt ebenso die Regeln für ein soziales Zusammenleben, weil die reine Beschränkung auf die Gewährung von Freiheit zu wenig wäre.

Für den Staat gelten Grenzen

Aber wie weit dürfen und sollen diese Regeln gehen? Soll nicht nur das geregelt werden, was geboten ist, sondern auch jenes, was erwünscht scheint? Unsere Gesellschaft hilft gewiss denjenigen, die Hilfe nötig haben, und sorgt für soziale Teilhabe an der Gesellschaft. Das ist übrigens das, was ein libertäres Menschenbild elementar vom christlichen Menschenbild unterscheidet. Wir sehen den Menschen ganzheitlich und wissen, dass Gemeinwohl mehr als nur eine rhetorische Dimension hat.

Eine der zentralen Fragen unserer Zeit ist die Vereinbarung von Interessen des Gemeinwohls mit der individuellen Freiheit. Dennoch brauchen wir eine ehrliche und offene Debatte, ob manches nicht doch aus der Balance geraten ist. Wie sehr darf der Gesetzgeber seinen Bürgern gesellschaftlich wünschenswerte oder als positiv erachtete Verhaltensweisen vorschreiben oder zumindest nahelegen? Es gibt Grenzen, die der Staat, auch nicht subtil, überschreiten sollte, wenn er das auf Eigenverantwortung setzende Menschenbild nicht schwächen möchte.

Im Bereich von Gesundheit und Ernährung werden Stimmen besonders laut, die eine starke Anleitung zu gesundheitsfördernden Verhaltensweisen einfordern. Keiner bestreitet, dass eine zuckerreiche Ernährung, oftmals in Form von Fast-Food, zu Krankheiten und Übergewicht führt. Aber wie sehr gibt diese Feststellung dem Staat das Recht, Werbung für solche Produkte insgesamt zu verbieten oder sie als besonders schädlich zu kennzeichnen? Brauchen wir Lebensmittelampeln, die plakativ bewerten und damit einordnen, was wir kaufen? Oder können wir den Menschen nicht selbst überlassen, wie sie ihre Ernährung einordnen? Dafür spricht viel, weil Eigenverantwortung zum Leben gehört. Dann muss der Verbraucher aber auch eine klare Kenntnis von dem haben, was er kauft. Freiheit zur Entscheidung setzt Information voraus. Auch eine fehlende oder nur unzureichende Aufklärung beschneidet selbstbestimmtes Handeln. Transparenz und Offenheit sind demnach unabdingbar. Nur daraus wird am Ende ein Rahmen, in dem der Einzelne selbst entscheiden kann.

Die Gefahr der Manipulation

Anders verhält es sich, wenn durch Handeln oder Nichthandeln Dritte betroffen sind. Die intensive Debatte um die Impfpflicht entsteht aus dem Umstand, dass oftmals nur eine Impfung Dritte vor Krankheiten schützen kann. Damit ist eine Impfpflicht in der Abwägung nicht unzumutbar, sondern sie bewahrt durch einen verhältnismäßig geringen Eingriff die körperliche Unversehrtheit anderer. Aus gleichen Erwägungen heraus hat der Staat auch das Rauchen in Räumlichkeiten eingeschränkt, weil Passivrauchen in der Öffentlichkeit unzumutbar auf andere einwirkt.

Die Diskussion wäre aber unvollständig, wenn nicht auch ein anderer Aspekt angesprochen würde. Wie sehr werden unsere Wahrnehmungen und damit auch unsere Empfindung durch subtile Manipulationen oder durch gezielte Informationen von privater Seite beeinflusst? Gemeint ist damit nicht die Verführung zum Griff nach den Süßigkeiten an den Supermarktkassen. Das eigentliche Problem liegt tiefer. Es ist im Bereich unserer Kommunikation bei den sozialen Netzwerken angesiedelt, die für viele Menschen zum Ort der Information und Diskussion geworden sind.

Wie sehr wird aber unser Meinungsbild durch Algorithmen bestimmt, welche die Wahrnehmung der Welt filtern oder gar noch Emotionen befeuern, weil diese wirkmächtiger sind als sachliche Information?

Oder werden wir beim Online-Kauf noch objektiv beraten oder berechnen bereits Algorithmen einen ganz individuellen Preis, je nach dem Standort der IP-Adresse oder den Daten über bereits getätigte Käufe? Was muss der Staat also leisten, um der oftmals subtilen, aber einschneidenden Wirkung von Algorithmen die Idee der Souveränität und Selbstbestimmung des Einzelnen entgegenzusetzen. Die Forderung nach Offenlegung der Algorithmen mag nur oberflächlich betrachtet helfen. Die Lösung liegt in der Regulierung der großen Plattformen selbst und in der Durchbrechung von monopolartigen Strukturen.

Soziale Überwachung in China

Das Zusammenspiel zwischen Algorithmen und großen Datenmengen schafft indes völlig neue Herausforderungen für Freiheit und Individualität. Ein Blick nach China zeigt die ganze Dimension. Das dort vorgesehene System eines Social-Scorings will jedem Bürger – man müsste besser vom digitalen Untertanen sprechen – eine Punktzahl zumessen. Diese kann je nach Akzeptanz oder Unerwünschtheit sozialen Verhaltens steigen oder fallen. Für das Überschreiten einer roten Ampel oder ungesunde Ernährung bis hin zu politisch als nicht opportun empfundenen Äußerungen werden Punkte abgezogen, mit all den gravierenden Folgen für die soziale Existenz. Im Ergebnis ist dies ein totalitäres Menschenbild im modernen Gewand.

Daraus leitet sich eine der großen Fragen unseres Jahrhunderts ab: Welche Gesellschaftsordnung ist im digitalen Zeitalter erfolgreicher? Jene, die auf Freiheit und Eigenverantwortung in einer Gesellschaft mit sozialem Zusammenhalt setzt, oder ein autoritär überwachendes System, welches im Mantel einer vermeintlichen Freiwilligkeit Zwang und Unterordnung einfordert? Die Antwort ist für uns offenkundig. Dennoch muss für dieses Modell der Freiheit geworben und eingetreten werden. Im digitalen Zeitalter müssen wir scheinbare Gewissheiten neu formulieren und für ihre Geltung eintreten, weil damit unser Menschenbild gesichert wird.

Die Pflicht, den Menschen zu vertrauen

Die Schlussfolgerung daraus ist die Pflicht des freiheitlichen Staats und seiner Akteure, den Menschen zu vertrauen. Und aus Vertrauen muss ein Zutrauen werden. Unterschätzen wir nicht die Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Einschätzung und Beurteilung. Wir würden viel verlieren, wenn die Menschen spüren, dass der Staat sie subtil in eine Richtung drängt, um ein Verhalten zu erzwingen. Damit wird oft das Gegenteil erreicht. Im Privaten reagieren Menschen darauf nicht selten mit Ablehnung oder Rückzug. Nichts anderes könnte sich auch im staatlichen Bereich ergeben, mit all den negativen Folgen, die wir für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben oder die Beteiligung an Wahlen gerade verhindern wollen.

Wir brauchen wieder eine stärkere emotionale Verankerung des Bürgers in der Mitte der Gesellschaft. Das funktioniert nur über den Weg der Ermutigung. Dazu gehört nicht nur die Bereitschaft, nicht alles zu regeln, was geregelt werden kann, sondern auch die Entschlossenheit, einmal getroffene Regulierungen wieder zurückzunehmen. Das fordert Mut und die Bereitschaft zu politischer Verantwortung. Aber es wäre ein wichtiges Zeichen, auf welches gerade im Bereich der mittelständischen Wirtschaft, der Verbände oder Vereine und damit in der Gesellschaft insgesamt inständig gewartet wird. Wir verlieren nicht Schutz und Sicherheit, sondern schaffen damit den Raum, den eine offene und freiheitliche Gesellschaft braucht.





Diskussion zur Rentenpolitik beim Tag der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl. Es ist Zeit, Ungerechtigkeiten im Fremdrentenrecht für Spätaussiedler zu beseitigen!

Terminvorschau:

- o Mittwoch, 03. Juli 2019: CSA-Betriebsrätekonferenz
„Hotel am alten Park“ Fröhlichstr. 17, 86150 Augsburg
- o Samstag, 06. Juli 2019: CSA-Landesvorstandssitzung
CSU-Landesleitung, Mies-van-der-Rohe-Straße 1c, 80807 München

„Wir dürfen auf Dauer keine ganze Generation und damit die Zukunft verlieren. Wir müssen moderner und innovativer werden. In den Inhalten ebenso wie im Dialog.“

Volker Ullrich



Impressum - Verantwortlicher im Sinne des Presserechts



Dr. Volker Ullrich MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-73199
Fax: 030 227-76198
volker.ullrich@bundestag.de



Wahlkreisbüro Dr. Volker Ullrich MdB
Heilig-Kreuz-Straße 24
86152 Augsburg
Telefon: 0821 5047 9440
Fax: 0821 5047 9441
volker.ullrich@bundestag.de

www.volker-ullrich.de